

AUS DER BERLINER SPD

Berliner Regionalgruppe des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD. Auf Bundesebene gibt es den Arbeitskreis Christinnen und Christen bereits seit etlichen Jahren. Seit April 2008 arbeitet er mit neuer Struktur und einem Sprecherkreis, dem auch Wolfgang Thierse angehört. Jetzt entsteht auf Berliner Ebene eine Regionalgruppe des Arbeitskreises, die der Charlottenburger SPD-Kreisvorsitzende Christian Gaebler koordiniert. Sie wird in enger Abstimmung auch mit dem Forum Christen der SPD Brandenburg arbeiten, da die christlichen Kirchen länderübergreifend organisiert sind. Kontakt über den SPD-Landesverband, Tel. 4692 222, Mail: zielgruppen.berlin@spd.de



Rotes Tuch verliehen. Die Inszenierung „Akte R“ des Theaters Strahl ist mit dem Jugendmedienpreis der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf ausgezeichnet worden. Autor Mirko Böttcher und Wolfgang Stüßel vom Theater Strahl nahmen den Preis jetzt aus den Händen des SPD-Kreisvorsitzenden Christian Gaebler und der Jury-Vorsitzenden Carolina Böhm entgegen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

„DIE SPD SETZT SICH FÜR ALLE EIN“ Neumitglieder über ihre Gründe für den Eintritt



Peer Schölzel, 21 Jahre, Azubi zum Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik: „Ich war mit dem Wahlergebnis unzufrieden und will mich besonders in der Bildungspolitik engagieren. Außerdem meine ich, dass Klimapolitik uns alle etwas angeht und auch dafür steht die SPD.“

Renate Kramm, 65 Jahre Rentnerin: „Nach langen Überlegungen bin ich direkt nach der Wahl eingetreten. Ich möchte die SPD unterstützen und das Soziale in der Gesellschaft stärken.“

Maike Herrmann, 20 Jahre, Studentin der Gartenbauwissenschaften: „Als ich das Ergebnis erfahren habe, bin ich noch am Wahltag eingetreten. Es sollte die SPD sein, weil es dort die größte Schnittmenge mit meinen Interessen gibt. Die SPD macht keine Klientelpolitik, sondern setzt sich für alle ein.“

Jan Wiesbock, 21 Jahre, Zivildienstleistender: „Das Wahlergebnis hat mich so schockiert, dass ich drei Tage später eingetreten bin. An der SPD schätze ich ihr Traditionsbewusstsein und die Vielseitigkeit ihrer Mitglieder und Meinungen.“
Umfrage: Julia Schröder

IDEEN FÜR DAS 3. JAHRZEHNT Michael Müller: Ausblick für Berlin - Fortsetzung von Seite 1

Wer aber eine Metropole ist, hat auch mit den Problemen einer Metropole zu kämpfen. Das gilt auch für Berlin. Die Berlinerinnen und Berliner gönnen sich Weltoffenheit, Modernität und vielfältige Lebensstile. Menschen verschiedener Herkunft leben tolerant und friedlich miteinander. Das bedeutet gleichzeitig Unterschiede - in der sozialen und kulturellen Herkunft und den finanziellen Mitteln. Berlin ist wie viele Metropolen bedroht von sozialer Spaltung. Armut, Ausgrenzung oder die Verdrängung aus dem angestammten Kiez fordern eine Antwort.

Trotz aller Bildungsanstrengungen in Berlin gibt es eine große Zahl von jungen Menschen ohne Schulabschluss aus bildungsfernen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund. Trotz vieler Erfolge beim Schaffen neuer Arbeitsplätze gibt es immer noch zu viele Menschen, die keine Arbeit finden. Integration - soziale Integration durch Bildung und Teilhaben, Integration in Erwerbsarbeit und Integration ist einen sich schnell verändernden Kiez - ist eine Zukunftsaufgabe, der sich die SPD stellen muss.

Für diese Probleme gibt es keine einfachen Lösungen. Wirtschaftliche Prosperität, aktive Arbeitsmarktpolitik und gute Bildung sind wichtige Voraussetzungen. Berlin braucht gerechte und intelligente Konzepte, aber auch eine solidarische Stadtgesellschaft, die sich mit der Stadt verbunden und für sie verantwortlich fühlen.

Es ist an der Berliner SPD sich im kommenden Jahr mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Das Jahr 2010 ist der erste und wichtige Schritt in dieses dritte



Im Dialog auf dem Neumitgliederforum: Michael Müller.

Jahrzehnt. Die SPD hat den Willen und die Kraft, Berlin zu gestalten, das hat sie über die zwei vergangenen Jahrzehnte immer wieder bewiesen. Sie muss jetzt zur Mitte der zweiten Legislaturperiode innehalten und sich von Neuem klar werden: Welche Idee hat die SPD vom Berlin der Zukunft? Wie füllt die SPD die Idee einer solidarischen Stadt von Neuem mit Leben? Die Berliner SPD wird im Jahr 2010 diese Programmdebatte anstoßen und mit der gesamten Partei, mit Fraktion und Senat führen. Es geht über 2011 oder 2016 hinaus. Wir müssen uns als Berliner SPD darüber klar werden: Wie begleiten und gestalten wir die Stadt auch im nächsten Jahrzehnt und führen Berlin in eine gute Zukunft?

Auf dem Weg zu einer solidarischen Stadt können wir Impulse für unsere eigene Programmarbeit aufnehmen und selbst Impulse geben für gesellschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit in Berlin. Das ist das Ziel einer Veranstaltungsreihe, die die Berliner SPD unter dem Arbeitstitel "Hauptstadtkonferenzen" für das Jahr 2010 ins Leben ruft. In 4-5 Konferenzen wird die SPD mit

Fachleuten und Bürgern, mit Vertretern der Verbände und Vereine, mit Interessengruppen und Unternehmen über zentrale Themen für Berlin diskutieren. Wie zum Beispiel kann es in Berlin gelingen wissenschaftliche Innovationen in wirtschaftliche Leistung und Arbeitsplätze umzusetzen? Wie gelingt die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Berlin mit neuer Industrialisierung z.B. im Bereich Umwelt und Energie? Kann Berlin in Zukunft zu einer autofreien Stadt werden oder zumindest zu einer postfossilen und welche Unterstützung brauchen Bürger dann von der Politik?

Die Berliner SPD initiiert damit einen Diskurs über die wichtigen Zukunftsfragen in der Stadt. Neben wirtschafts- und wissenschaftspolitischen Themen spielt bei den Konferenzen die Frage nach sozialer Teilhabe in eine demokratische Stadtgesellschaft eine große Rolle, die Frage nach Bürgerbeteiligung. Es geht um soziale Integration, die für Berlin eine wichtige Zukunftsfrage ist. Zuletzt beschäftigen sich die Hauptstadtkonferenzen mit der Rolle des Staats: "Die Stadt für den Bürger". Die SPD ist nicht nur Privatisierungsgegner, sondern es gibt seit längerem die Überlegung der Rekommunalisierung von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die SPD geht damit keinen einfachen Weg, sie braucht für die Konferenzen eine Balance zwischen einer notwendigen Offenheit und einer klaren sozialdemokratischen Perspektive, die Basis der Konferenzen ist. Gleichzeitig bietet sich die Berliner SPD an als "Scharnier" zwischen engagierter Bürgerschaft und parlamentarischem, administrativem Handeln. ■